Christoph Sebastian Widdau / Tim Haberstroh (Hrsg.)
Außenpolitik in Rot-Rot-Grün?

Christoph Sebastian Widdau / Tim Haberstroh (Hrsg.)

Außenpolitik in Rot-Rot-Grün?

Zwischen Konflikt und Kooperation

WeltTrends

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.de abrufbar.

WeltTrends, Potsdam 2013
www.welttrends.de

WeltTrends
c/o Universität Potsdam
August-Bebel-Straße 89
D-14482 Potsdam
Tel. +49 (0) 331 977 -4540, Fax -4696
E-Mail: verlag@welttrends.de

Christoph Sebastian Widdau / Tim Haberstroh (Hrsg.)
Außenpolitik in Rot-Rot-Grün?
Zwischen Konflikt und Kooperation

Satz: Elke Stange / Charlotte Bister
Druck: docupoint, Magdeburg

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© WeltTrends, Potsdam 2013

ISBN 978-3-941880-55-9

Preis: 6,90 Euro

bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de

Inhalt

Vorwort 7

Linksreformistische Europa- und Außenpolitik 11
Grundlage der Debatte

Zu kurz gesprungen 16
Niels Annen

Außenpolitik in Rot-Grün-Rot 19
Michael Kellner

Offenen Fragen nicht aus dem Weg gehen 22
Stefan Liebich

Ein starrer Blick nach vorn 25
Angelika Beer

Doch die Verhältnisse, die sind nicht so … 28
Wolfgang Gehrcke

Linksnationalistisch und antieuropäisch 31
Rolf Mützenich

Handelspolitik in Rot-Grün-Rot? 35
Ska Keller

Ohne Bewegung geht es nicht 38
Jan van Aken

Kein Linksreformismus ohne Selbstkritik 41
Viola von Cramon

Ja zur Einheit im Widerstand! 44
Christine Buchholz

Projekt oder Kompromiss? 47
Gerry Woop

Gefährlicher „Alleingang“? 51
Erhard Crome

Vorwort

Rot-Rot-Grün anno 2013: Politisches Farbenspiel mit Erfolgsaussicht oder strategische Folie für Schwarzmaler? Zukunftsmodell im Parlament oder Auslaufmodell schon auf dem Reißbrett? Kurzum gefragt: Wie steht es um das Verhältnis der Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke im Jahr der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag?

Spätestens mit der Veröffentlichung des Papiers „Für einen Idealismus ohne Illusionen – Das Leben ist bunter" der sogenannten Oslo-Gruppe 2010 stand die Frage nach Rot-Rot-Grün nicht mehr nur unausgesprochen, sondern explizit formuliert im Raum. Das heiße Eisen Außen-, Sicherheits- und Europapolitik wurde dabei allerdings ausgespart. Im *Streitplatz* „Außenpolitik in Rot-Rot-Grün?", der in den Ausgaben 85 bis 88 des Fachjournals *WeltTrends* erschienen ist, wurde die politisch delikate Frage nach dem unsicheren Stand dieser Ménage-à-trois in Bezug auf eben jenes Eisen an Politikerinnen und Politiker gestellt. Im Zentrum der Debatte stand damit ein politisches Themenfeld, das eine Annäherung oder gar eine gemeinsame Regierung der drei Parteien auf der Ebene des Bundes zu verhindern scheint. Als Ausgangspunkt diente ein Diskussionspapier, das unter dem Titel „Linksreformistische Europa- und Außenpolitik" Anfang Februar 2011 auf der Berliner Linksreformismustagung verfasst worden war. Die Beiträge des *Streitplatzes* sowie ergänzende Kommentare sind in der vorliegenden Veröffentlichung versammelt.

Während sich die SPD und Bündnis 90/Die Grünen, so die landläufig verbreitete Auffassung, nicht zuletzt seit der gemeinsamen Regierungskoalition der Jahre 1998 bis 2005 in Fragen der internationalen Politik eher einig sind, ist ihre gemeinsame Tendenz nicht mit jener der Partei Die Linke in Übereinstimmung zu bringen. Offenbar ist, dass in nicht wenigen zentralen Feldern der internationalen Politik – Zukunft der NATO, Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, globale Wirtschafts- und Finanzarchitektur – differierende Positionen zu verorten sind. Auf Widerspruch stieß bereits die von einem der Herausgeber in Bezug auf

das Linksreformismus-Papier aufgestellte Behauptung, dass „rot-rot-grüne Vorstellungen in den Bereichen Stärkung des Europäischen Parlaments, faire Handelspolitik und Friedenssicherung durchaus kompatibel“ seien.

Nicht wenige Bretter, an denen in der Debatte über die Chancen und Grenzen einer gemeinsamen Außenpolitik von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen die Bohrer angesetzt werden, sind sehr, sehr dick. Was Max Weber allgemein über die Politik formulierte, nämlich, dass sie als das Bohren dicker Bretter anzusehen sei, mit Leidenschaft und Augenmaß, gilt in Variation auch für diese spezielle Bereichsbaustelle. Diese Bretter, die vornehmlich aus ideologischen und politisch-ethischen Hölzern sind, wiegen als Schwergewichte in der Diskussion, während bereits bearbeitete, dünnere, die auf Kooperationsoptionen abseits von gemeinsamen Koalitionen hinweisen, oft nicht erwähnt, oft kaum berücksichtigt werden. Nicht zu leugnen und eben schwerwiegender sind *grundsätzlich* unterschiedliche Positionen, die in Anbetracht jeweiliger strategischer sowie wahltaktischer Gründe und differierender Überzeugungen richtigen politischen Handelns vorliegen. Mit einem nahen Durchbruch ist *im Prinzip* nicht zu rechnen – insbesondere die Beiträge von Politikerinnen und Politikern der Parteien SPD und Die Linke bestätigen diesen Befund.

Die geführte Debatte verdeutlicht außerdem, dass eine argumentative Auseinandersetzung mit den vermeintlich unvereinbaren Positionen nach wie vor aussteht. Während sich einige Autorinnen und Autoren auf bestehende Gemeinsamkeiten berufen und die Problemfelder ausklammern, verweisen andere explizit auf jene, um damit die Unmöglichkeit des hier diskutierten Bündnisses zu belegen. Diese Zurückhaltung bei der ernsthaften Suche nach alternativen Mehrheiten verwundert nicht zuletzt deswegen, weil sich die Große Koalition bereits diffus am Horizont abzeichnet. Um die Diskussion voranzubringen, genügt es nicht, auf die bereits bearbeiteten Bretter oder die Unmöglichkeit des Bohrens bestimmter Harthölzer zu verweisen. Gerade jene sind es, die es zu bearbeiten gilt, auch wenn hierbei die meisten Späne fliegen werden.

Das Absetzen der Bohrer könnte eine verfrühte Maßnahme sein. Es besteht Diskussionsbedarf in der Suche nach neuen Mehrheiten jenseits der in den vergangenen Jahrzehnten bundesrepublikanischer Politik üblichen Koalitionen – eine nicht marginale Frage ist, *wer* sich um *wie viel* wird bewegen müssen und inwieweit selbst gezogene rote Linien verschiebbar sind, um eine Koalition der drei großen Mitte-links-Parteien auf der Ebene des Bundes zu bilden, ohne sich mit der Aufgabe bestimmter Positionen selbst um die politische Existenz oder zumindest auf Zeit zu Fall zu bringen.

Christoph Sebastian Widdau und Tim Haberstroh
Potsdam, im Februar 2013